



Antrag

Fraktionen CDU und SPD

Für eine faire und gerechte Lastenverteilung der Netzentgelte

Der Landtag wolle beschließen:

Die angekündigte Erhöhung der Netzentgelte durch den Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz Transmission GmbH zeigt einmal mehr, dass die Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien durch höhere Umlagen überproportional belastet werden. Dies gefährdet ostdeutsche Unternehmen im Standortwettbewerb und tausende heimische Arbeitsplätze. Die Netzentgelte in Ostdeutschland werden auch in den nächsten Jahren weiter steigen, wenn der notwendige Ausbau der Stromtrassen nicht zügig voranschreitet. Dem weiteren Auseinanderdriften der Netzentgelte muss durch eine zügige Reform entgegen gewirkt werden.

Der Landtag begrüßt die bisherigen Bemühungen der Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine faire und gerechte Reform der Netzentgelte einzusetzen. Er unterstützt die Landesregierung darin, dass

- der Bund die bundesweite Angleichung der Netzentgelte auf Übertragungsebene umgehend angeht und nicht länger hinausschiebt,
- der Bund die sogenannten vermiedenen Netzentgelte für volatil einspeisende Anlagen sofort abschafft, aber die vermiedenen Netzentgelte für KWK-Anlagen beibehält.

Begründung

Der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz Transmission GmbH hat für das Jahr 2016 einen deutlichen Anstieg der Netzentgelte von bis zu 30 Prozent angekündigt. Sachsen-Anhalt und Ostdeutschland haben im bundesweiten Vergleich bereits hohe Netzentgelte. Diese sind ein ungerechtfertigter Wettbewerbsnachteil – sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich. Die neuen Bundesländer haben den größten Beitrag zur CO₂-Reduktion der Bundesrepublik geleistet. Gleichzeitig wurden hierzulande die Stromnetze saniert. Diese hohen Kosten wurden in der Vergangen-

(Ausgegeben am 07.10.2015)

heit auf die hiesigen Strompreise umgelegt. Gleichzeitig wurde der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben. Aufgrund von fehlenden Stromnetzen, insbesondere in Süddeutschland, nehmen dadurch bedingt die Redispatch-Maßnahmen Jahr für Jahr erheblich zu, was zu einem Anstieg der Netzentgelte führt.

Eine erneute Kostensteigerung hätte negative Auswirkungen auf die langfristige Standortsicherung international tätiger Unternehmen und die energieintensiven Branchen Sachsen-Anhalts. Die hohen Netzentgelte in den neuen Ländern sind eine Sonderlast, deren Abbau längst überfällig ist.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD